

Auswirkungen der Krise auf Mittel- und Osteuropa



Clemens Rode

Regionalkoordinator für Arbeitsbeziehungen
und Sozialdialog in Mittel- und Osteuropa
Friedrich Ebert Stiftung, Büro Bratislava

Auswirkungen der Krise auf Mittel- und Osteuropa

Inhaltsverzeichnis

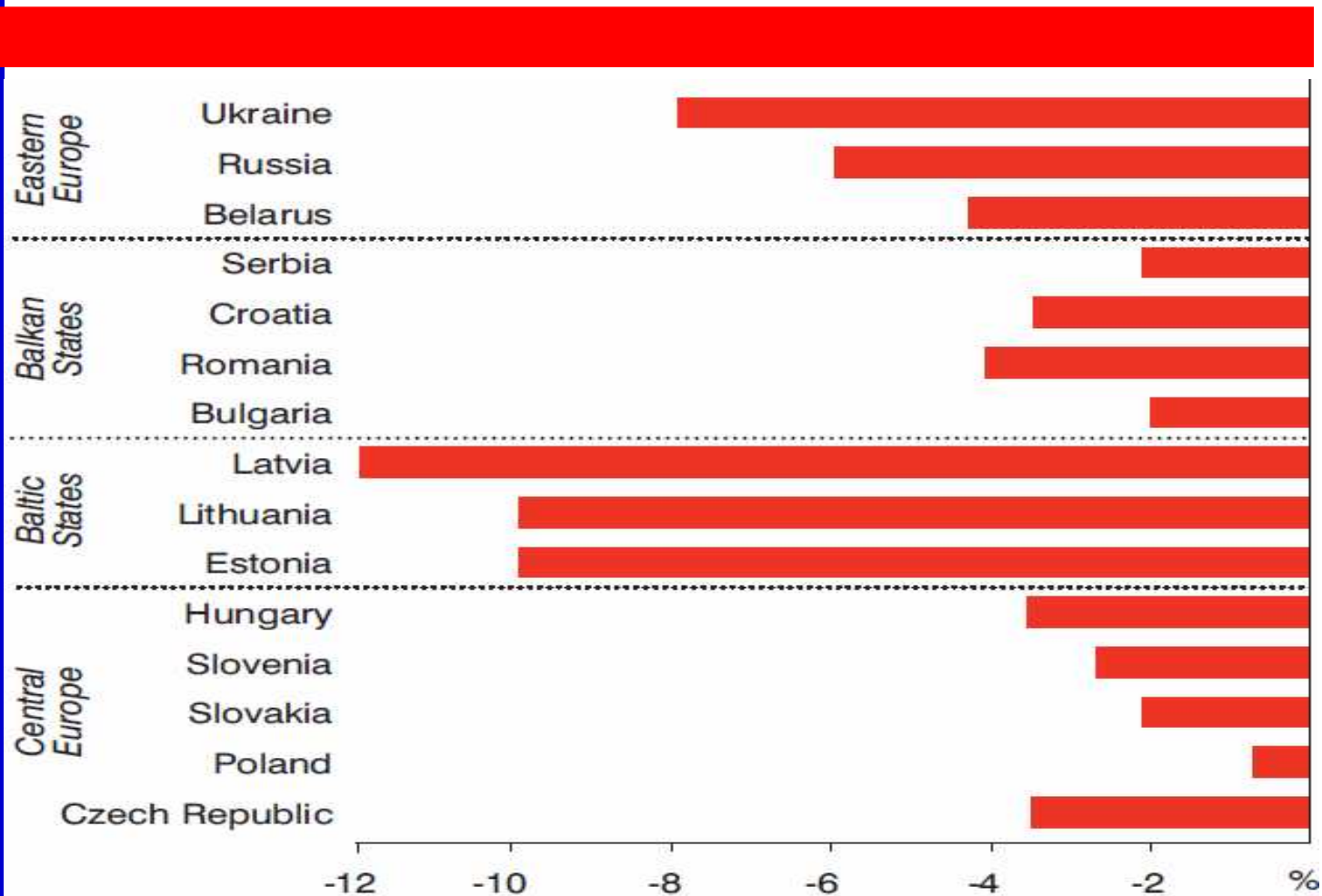
1. Dramatische Rückgänge der Wirtschaftsleistung
2. Negative Prognosen für MOE in 2009
3. Die Krise verschärft die strukturellen Probleme
4. Kein West-Ost-Gefälle, sondern europäischer Flickenteppich der Krise
5. Extreme Exportabhängigkeit in MOE
6. Extreme Dominanz durch Banken der „alten“ EU
7. Auch ohne Krise extreme Ungleichheit in der EU
8. Krise macht EU-Sozialcharta unglaubwürdig

1. Dramatische Rückgänge der Wirtschaftsleistung in MOE 2009

- Litauen -17,0 %
 - Lettland -16,3 %
 - Estland -15,3 %
 - Ukraine -14,0 %
 - Slowenien - 8,0 %
 - Rußland - 7,4 %
 - Ungarn - 6,1 %
 - Slowakei - 5,4 %
 - Tschechien - 4,2 %
- aber: Polen + 1,4 %

2. Negative Prognosen für MOE 2009

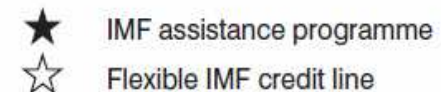
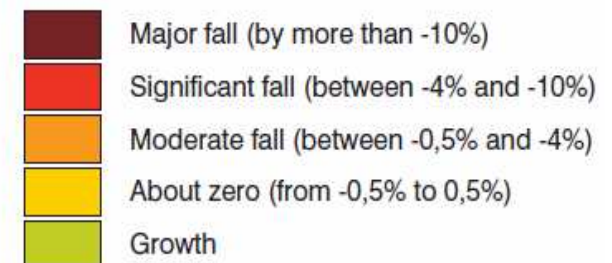
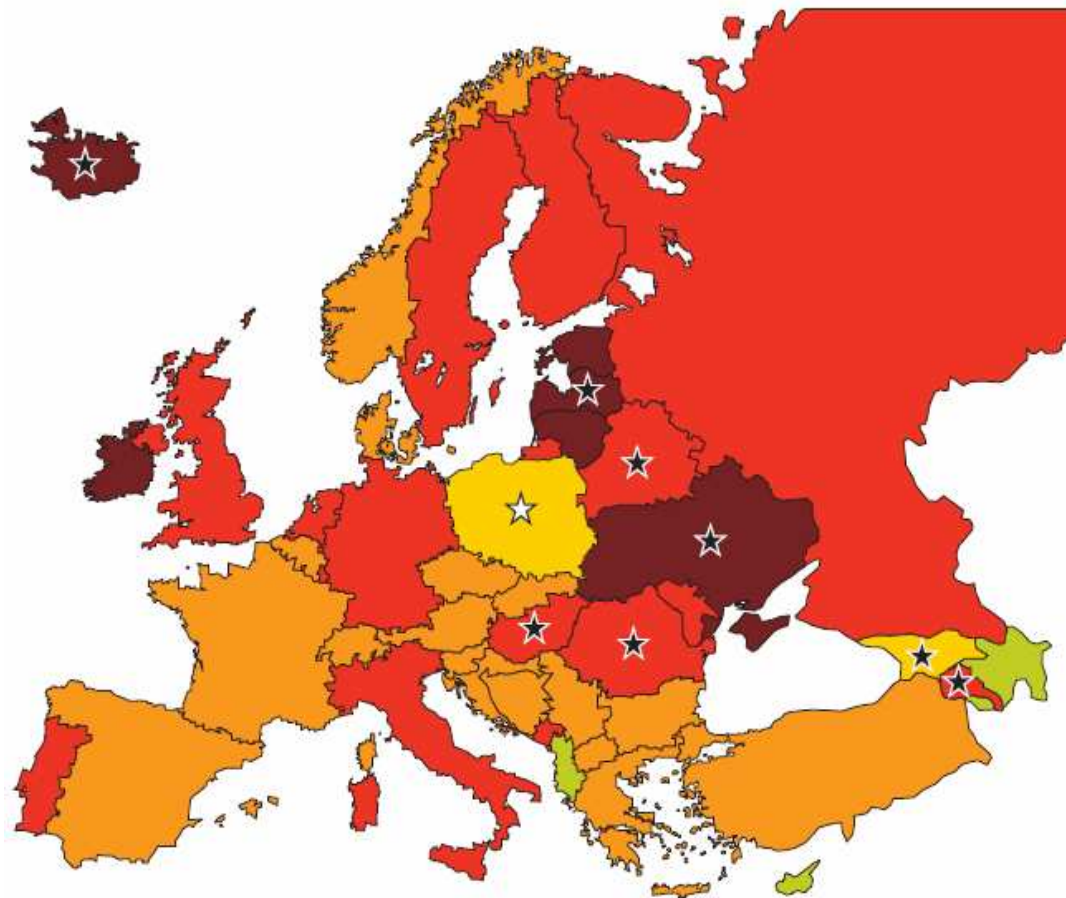
(Prognostiziertes Wachstum für 2009 in % des Bruttosozialprodukts)



3. Die Krise verschärft die strukturellen Probleme

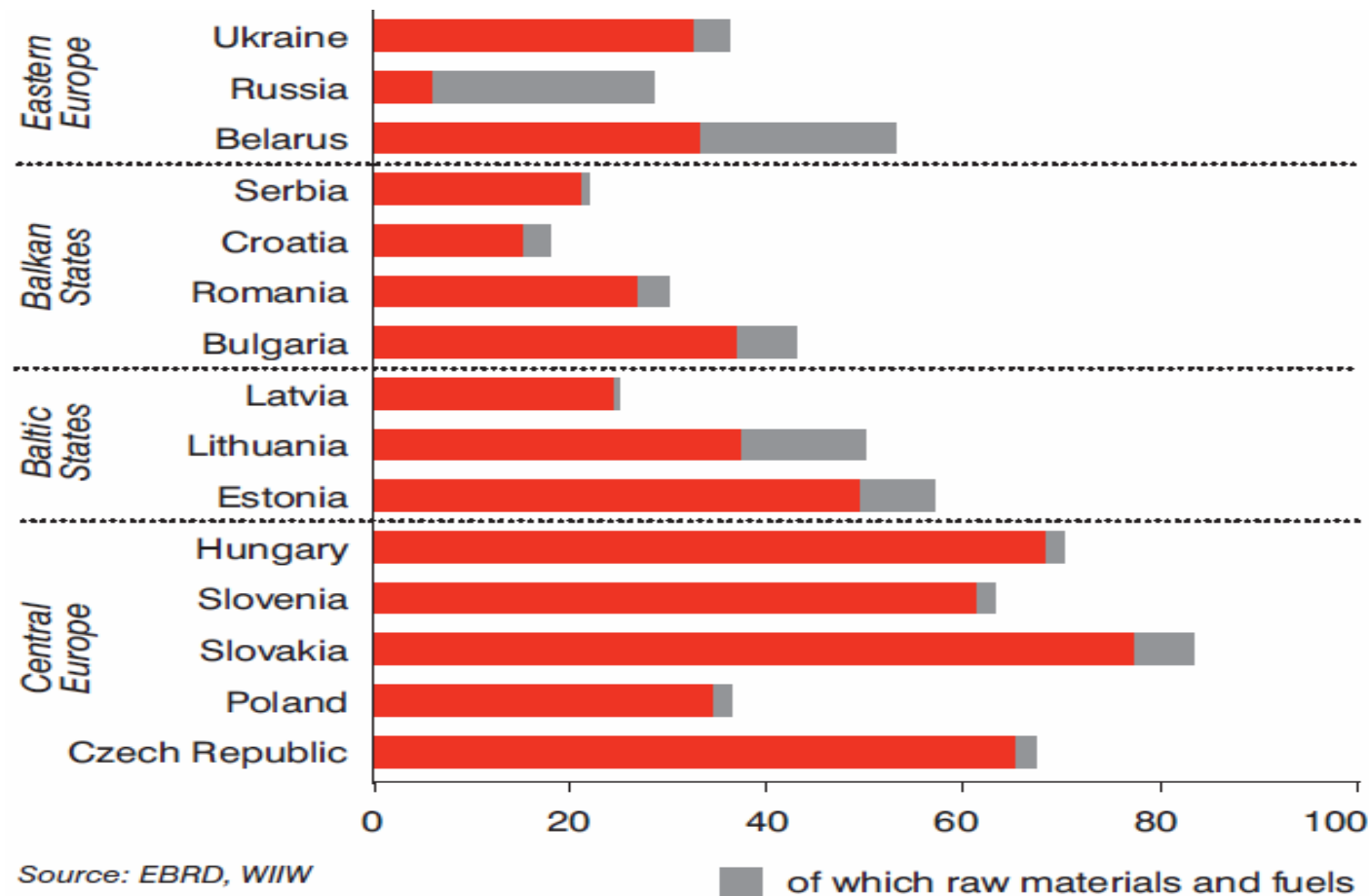
- Übergroße Abhängigkeit von Rohstoffen: Rußland
- Mangelnde Diversifizierung der Volkswirtschaften
- Abhängigkeit von Multis, „verlängerte Werkbänke“
- Einseitige Exportstrukturen nach Produkt & Markt
- Ineffiziente Energieerzeugung & -verwendung
- Strukturelle Haushaltsdefizite durch ungelöste Probleme in Staatsverwaltung, Bildung, Gesundheit, Altersversorgung
- Geringe Beschäftigungsquoten

4. Kein West-Ost-Gefälle, sondern europäischer Flickenteppich der Krise



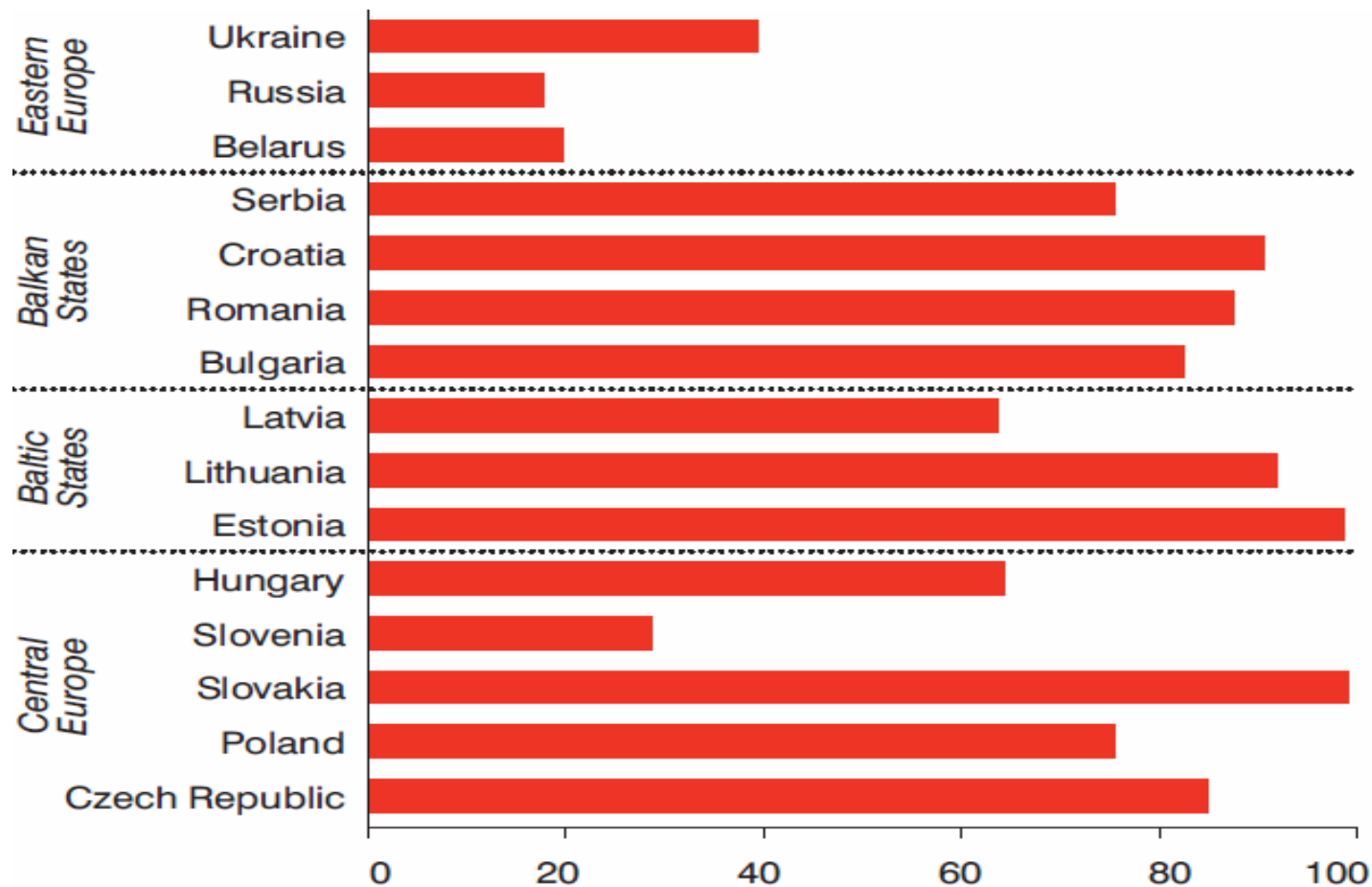
5. Extreme Exportabhängigkeit in MOE

(Anteil der nationalen Exporte in % des Bruttosozialprodukts)



6. In MOE: Extreme Dominanz durch Banken aus der “alten” EU

(Anteil ausländischer Banken an den nationalen Bankensektoren in %)



7. Aber: auch ohne die Finanzkrise extreme Ungleichgewichte in der EU

- Beschäftigungsquote:

Deutschland	68,0 %		
Polen	54,5 %	Österreich	70,2 %
Ungarn	57,3 %	Schweden	73,0 %
Bulgarien	58,0 %	Tschechien	65,3 %
- Schulabbrecherquote:

Deutschland	16 %		
Spanien über	30 %	Portugal über	40 %
aber: Polen nur 6 %!			
- Energieeinsatz:

EU-Ø und Schweden	100 %		
Bulgarien	760 %	Österreich	70 %
Slowakei	417 %	Deutschland	75 %
Tschechien	400 %	Polen	280 %

8. Krise macht die Versprechungen der EU-Sozialcharta unglaubwürdig

- Das Kapitel „Solidarität“ (Artikel 27 bis 38) der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ (Nizza Dezember 2000) verspricht arbeitsmarkt- und sozialpolitische Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger der Union
- die Realität in Arbeitsmärkten und den sozialen Sicherungssystemen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zeigt, daß die Versprechen der EU-Sozialcharta in der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr eingelöst werden

Art.27: Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer im Unternehmen:

- In Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitenden gilt dies Recht in den meisten neuen Mitgliedsländern nicht.
- In den meisten Betrieben mit über 50 Beschäftigten gibt es keine Gewerkschaften, besonders in ausländischen Firmen. Die Gewerkschaftsrechte fallen der Gewerkschaftsfeindlichkeit des Managements zum Opfer.
- nur ein Drittel der Multis in der EU haben Europäische Betriebsräte gebildet, etwa die Hälfte der Multis in MOE.
- aber: in der Krise ist die Anhörung der Beschäftigten eine der wichtigsten Ressourcen zur Überwindung der Rezession und des Beschäftigungsabbaus, siehe Opel.

Art. 28, Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen:

- In den meisten MOE-Ländern (Litauen, Lettland, Tschechien, Estland, Ungarn, Polen, Bulgarien), aber auch in Großbritannien und Griechenland liegt die Rate der Abdeckung mit Tarifverträgen bei 35% und weniger.
- Wo Gewerkschaften und Betriebsräte fehlen, gibt es keine Partner für Sozialdialog und Kollektivverhandlungen, um diese fundamentalen Rechte auch wahrzunehmen.
- Ausländische Investoren entziehen sich Flächen- und Branchentarifverträgen sowie der Mitgliedschaft in nationalen Arbeitgeberverbänden mit Verhandlungsmandat.

Artikel 30, Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung:

- Ohne Beschäftigungspolitik in den neuen Ländern ist Arbeitgebern in der Krise jede Entlassung gerechtfertigt in der Reihenfolge Leiharbeiter, Zeitarbeiter, Jungarbeiter, Stammebelegschaften.
- Staatlich geförderte Kurzarbeit, Weiterbildung, Arbeitszeitkonten, flexible Arbeitszeiten, betriebliche „Sozialpakete für Beschäftigung“ etc. haben in MOE selten gesetzliche Grundlagen.
- Belegschaften mit Hilfe von angesammelten Zeitreserven, vorgezogener Wartung und Reparaturen etc. zu halten ist in Zeiten von „Lean Production“ und zweistelligen Rendite-Erwartungen von Investment-Fonds nicht mehr möglich.

Art. 31, Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen

- **Prekare Arbeitsverhältnisse** sind in der EU auf dem Vormarsch. In Deutschland haben nur 40 % der arbeitenden Frauen einen unbegrenzten Vollzeitvertrag.
- 15 % aller Arbeitenden in der EU verdienen **Armutslöhne**.
- In Polen haben Jugendliche zu 60 % **Zeitverträge** und können zu 80 % des geringen Mindestlohns eingestellt werden. In Slowenien haben 75 % aller Neueinstellungen nur Zeitverträge, auch über die Probezeit hinaus.
- In Bulgarien kommen **35 % des Bruttosozialprodukts aus dem Schwarzmarkt** ohne Rechte und Arbeitsschutz.
- Dies sind keine „gesunden, sicheren und würdigen Arbeitsbedingungen“ (Artikel 31, Absatz 1).

Art. 34, Soziale Sicherung und soziale Unterstützung:

- Prekäre Arbeitsverhältnisse, unvollständige Erwerbsbiografien, sozialabgabefreie Scheinselbstständigkeit, graue, schwarze Arbeitsmärkte, Arbeitsmigration ohne Rentenansprüche werden einen **Tsunami an Altersarmut** erzeugen
- Wie in MOE zu beobachten wird die **Arbeit von Rentnern** in der informellen Ökonomie, im Kleinhandel, in der Sicherheitsindustrie etc. zunehmen.
- In Deutschland benötigen Durchschnittsverdiener bereits 34 Beitragsjahre, um eine Rente in Höhe der Armutsgrenze (Grundsicherung) zu erreichen. Dies ist mit prekären Arbeitsverhältnissen und unvollständigen Erwerbsbiografien nicht zu erreichen, besonders nicht für Frauen.

Fazit:

- Die Kluft zwischen den von der EU propagierten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Rechten eines „Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells“ und der Realität wird in Mittel- und Osteuropa ständig größer.
- In der Krise schenken immer weniger Menschen den Verheißungen der EU Glauben, sie enthalten sich zu über 80 % bei den Europawahlen, wie in der Slowakei, oder wenden sich rechtsradikalen, rassistischen Parteien zu, wie in Ungarn.
- Die gefühlte soziale Krise führt zu immer größeren Partizipations- und Demokratiedefiziten. Dies gilt auch für Gewerkschaften!

Auswirkungen der Krise auf Mittel- und Osteuropa

Спасибо за внимание!

Thank you for your attention!

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Dziękuję za uwagę!



Clemens Rode

**Regionalkoordinator für Arbeitsbeziehungen
und Sozialdialog in Mittel- und Osteuropa
Friedrich Ebert Stiftung, Büro Bratislava**